

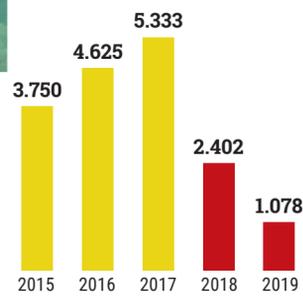


Arbeiter montieren eine Windanlage: Im vergangenen Jahr kamen bundesweit nur 325 neue Windräder hinzu.

FOTOS: MAX BÖGL WIND AG, MATTHIAS REBEL, DPA

Drastischer Rückgang

Neubau von Windrädern an Land (in Megawatt Leistung)



Quelle: Bundesverband Windenergie **aktiv**

Die Ökostrom-Lücke

Energiepolitik Die Industrie kann ihre Klimaziele nur erreichen, wenn die Windkraft stärker ausgebaut wird – doch es kommen nicht genug neue Anlagen hinzu

Köln. Deutschland macht Ernst mit der Energiewende. Der Fahrplan für den Kohleausstieg ist festgezurrt. Schon bis 2030 werden viele Kohleblöcke und die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet. 31.000 Megawatt Leistung gehen bis dahin vom Netz; das ist gut ein Drittel der herkömmlichen Erzeugungskapazität. Zugleich packen immer mehr Unternehmen die klimaneutrale Produktion an, ihr Bedarf an Grünstrom wird daher massiv wachsen.

Gerade jetzt aber mehren sich die Zweifel, ob Deutschland die Energiewende schafft. Während der Ausbau der Windkraft auf See bisher vorankommt, ist der Zubau von Windanlagen an Land zuletzt massiv eingebrochen. Dabei sollen erneuerbare Energien schon in zehn Jahren 65 Prozent des Stroms liefern. 2019 waren es knapp 43 Prozent.

Soll das ambitionierte Ziel erreicht werden, müssten täglich vier Windräder zugebaut werden, aktuell ist es aber nicht

mal eines, so Branchenexperten. Dirk Güsewell, Leiter Erzeugung Portfolioentwicklung beim baden-württembergischen Energieversorger EnBW, betont: „Wir liegen beim Ausbau der Windkraft derzeit massiv unter dem, was wir eigentlich bräuchten, und sind damit meilenweit vom Ziel entfernt.“ Im Klartext: Es droht eine Ökostrom-Lücke!

Der Strombedarf wird um mehr als ein Viertel zulegen

Das befürchtet auch Max Gierkink, Manager beim Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI): „Denn die Nachfrage nach Strom wächst in diesem Jahrzehnt voraussichtlich um etwa ein Viertel.“ Grund ist der zunehmende Verbrauch in einigen Sektoren: Binnen zehn Jahren könnten 7 Millionen Elektro-Autos auf den Straßen rollen, 3,4 Millionen Wärmepumpen Häuser ohne Gas oder Öl heizen und zudem mit

141 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom werden nach den bisherigen Plänen 2030 zu wenig erzeugt

Strom große Mengen des Energieträgers Wasserstoff erzeugt werden. „Dann bräuchte das Land mehr als die von der Bundesregierung für 2030 angenommenen rund 590 Milliarden Kilowattstunden Strom, nämlich 748 Milliarden Kilowattstunden im Jahr“, haben Gierkink und Kollege Tobias Sprenger errechnet.

Und weil die Bundesregierung die Stromnachfrage im Jahr 2030 zu niedrig ansetzt, wird auch der von ihr kalkulierte enorme Ausbau bei Wind- und Sonnen-

energie nicht ausreichen, den zu erwartenden Bedarf zu 65 Prozent mit Grünstrom zu decken. Konkret würden nach den bisherigen Plänen stolze 141 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom zu wenig erzeugt, so die EWI-Forscher. Tatsächlich jedoch dürfte die Ökostrom-Lücke größer ausfallen, weil momentan nicht genug zugebaut wird.

Verschärfend kommt der wachsende Hunger der Industrie nach bezahlbarem Grünstrom hinzu, den die EWI-Fachleute noch gar nicht mit eingerechnet haben. Der Bedarf dürfte rasch zulegen, denn immer mehr Firmen streben eine klimaneutrale Produktion an. Bosch etwa will, wenn auch mithilfe von Ausgleichsmaßnahmen für unvermeidbare CO₂-Emissionen, schon in diesem Jahr klimaneutral werden, Siemens und der Chemiekonzern Bayer wollen es im Jahr 2030. Der Kunststoffspezialist Covestro wird ab 2025 Grünstrom aus der Nordsee beziehen. Konzerne wie

ThyssenKrupp, Salzgitter und Arcelor-Mittal wollen Stahl in Zukunft mithilfe von Wasserstoff erzeugen. Allein für die Stahlproduktion wären 12.000 Windräder nötig. Das ist ein Drittel dessen, was sich hierzulande jetzt schon dreht.

Für eine klimaneutrale Wirtschaft braucht es also viel mehr Ökostrom. Doch gerade bricht der Zubau bei den Windrädern an Land regelrecht ein. Nur 325 Anlagen mit 1.078 Megawatt Leistung kamen zuletzt hinzu, so wenig wie noch nie seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. 2019 war ein historisch schlechtes Jahr für die Branche. Der Hersteller Senvion meldete Insolvenz an, Enercon kündigte Stellenabbau an, Nordex rutschte in den ersten neun Monaten 2019 tiefer in die roten Zahlen. Die Branche und ihre 120.000 Beschäftigten fürchten um ihre Zukunft.

Erst recht, seitdem Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier einen Mindestabstand von 1.000 Metern zwi-

schen Windrädern und benachbarten Wohnsiedlungen vorschreiben will. Der Minister will damit die Akzeptanz für die Anlagen erhöhen, dürfte jedoch den Ausbau weiter abwürgen. Denn das Potenzial möglicher Flächen wird dadurch um 20 bis 50 Prozent verringert, hat das Umweltbundesamt errechnet.

Gegen den Mindestabstand protestierte die Industrie in einem Brandbrief an Altmaier: „Es ist uns unerklärlich, dass an einer Regelung zu bundeseinheitlichen Mindestabständen festgehalten wird, obwohl klar ist, dass damit das Ziel von 65 Prozent erneuerbaren Energien in 2030 nicht gehalten werden

kann.“ So kritisieren die Chefs vom Industriedachverband BDI, zwei Energie-, zwei Herstellerverbänden und dem Gewerkschaftsbund. Es stelle die Realisierbarkeit sämtlicher Klimaziele infrage. Noch aber wird über die Ausgestaltung der Regelung gerungen.

Über 1.000 Windanlagen durch Flugsicherung blockiert

Ohnehin ist der stockende Ausbau hausgemacht. Die Bundesländer stellen nicht genug Flächen für den Bau von Anlagen zur Verfügung, und die Genehmigungen dauern zu lange. Aktuell stecken



Bürgerprotest: Eine kleine Minderheit wehrt sich gegen Windräder in der Umgebung, 90 Prozent der Deutschen aber befürworten den Ausbau.



In jedem von uns steckt ein kleiner Protestbürger

Stuttgart. Gegen Infrastrukturprojekte wie Windanlagen, Stromtrassen oder Mobilfunkmasten gibt es hierzulande jede Menge Protest. Viele Bürger wollen so etwas nicht in der näheren Umgebung. „Not in my backyard“ (zu Deutsch: „nicht in meinem Garten“) nennen Fachleute diese Haltung. Aus der Abkürzung des Satzes ist der „Nimby“ geworden. Wie verbreitet ist dieser Protestbürger? **aktiv** fragte Professor **Frank Brettschneider**, der an der Universität Hohenheim bei Stuttgart dazu forscht.

Proteste gegen neue Baugebiete oder Mobilfunk – ist das nicht egoistisch?

In jedem von uns steckt ein kleiner Nimby. Und es ist auch völlig legitim, seine Eigeninteressen zu vertreten und zu sagen: „Ich möchte in der Nähe meines Hauses keine Windanlage stehen haben. Das verschandelt den Ausblick und mindert den Grundstückswert.“ Es ist Aufgabe der Politik, die verschiedenen Einzelinteressen abzuwägen und einen Ausgleich herbeizuführen, der dem Gemeinwohl dient. Leider macht sich jedoch auch manch ein Politiker zum Nimby. Motto: Stromtrassen ja, aber bitte nicht in meinem Bundesland.

Ist das Nimby-Phänomen hierzulande besonders ausgeprägt?

Da ist schon etwas dran. Gegen Bahntrassen, Baugebiete und Flughäfen wird protestiert. Bei uns häufiger als bei unseren Nachbarn. Gegen den Nordzulauf für die zukünftige



FOTO: UNIVERSITÄT HOHENHEIM/THOMAS

Brennerschienenstrecke regten sich in der Region Rosenheim heftige Widerstände, während die Trasse in Österreich unterstützt wird. Und gegen den Fehmarnbelt-Tunnel zwischen Deutschland und Dänemark zählte man bei uns über 12.500 Einwendungen, in Dänemark weniger als 50.

Warum gibt es hier mehr Proteste?

Der Nimbyismus ist auch ein Wohlstandsphänomen. Wenn es gut geht, der will das Erreichte bewahren. In wirtschaftlich nicht so starken Gegenden regen sich weniger Widerstände gegen Infrastrukturprojekte. In den neuen Bundesländern stießen nach der Wende etwa neue Autobahnen auf weniger Protest. Die Menschen dort erhofften sich davon die Ansiedlung von Unternehmen und Jobs.

Wie geht man mit den Protesten um?

Es braucht echte Bürgerbeteiligung, mit Gutachten, Dialog und Prüfung von Alternativen. Der Einzelne muss erleben, dass er gehört wird. Am Ende sollte ein Interessenausgleich stehen, das steigert die Akzeptanz. So kann man viele Menschen mitnehmen.

Also alles reine Formsache?

Überhaupt nicht. Wir brauchen bei solchen Projekten auch häufiger ein Narrativ, ein großes Ziel, das kommuniziert wird und auf das jeder Einzelne und die Gesellschaft stolz sein können. Etwa das Ziel, als erste Industrienation die Energiewende zu schaffen.

laut dem Bundesverband Windenergie Tausende Anlagen in Genehmigungsverfahren fest. Die dauern an Land mittlerweile drei bis fünf Jahre und kosten mehrere 100.000 Euro.

Mehr als 1.000 Anlagen werden laut einer Studie der Fachagentur Windenergie an Land von Mitte 2019 durch die 60 Drehfunkfeuer der Flugsicherung blockiert. Weitere 900 Anlagen scheitern an Tieffluggeschwindigkeiten für Kampffljets oder militärischer Radarüberwachung.

Gegen 325 Windturbinen notiert die Studie Klagen von Umweltverbänden und einzelner Bürgerinitiativen. Meist ist der Schutz seltener Vogel- und Fledermausarten das Anliegen. Manchmal sind die Sorgen vor Schall oder Schattenwurf die treibende Kraft. Generell aber befürworten 90 Prozent der Bundesbürger den Ausbau erneuerbarer Energien.

Doch was tun, um die Projekte zu beschleunigen? Experten plädieren für ein frühzeitiges Einbinden der Bürger bei Neubauplänen sowie eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden. Beides würde die Akzeptanz verbessern. Nötig wären zudem schlanke und standardisierte Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren, um Rechtsunsicherheiten und Verzögerungen zu vermeiden. Das Wirtschaftsministerium hat letzten Herbst einen 18-Punkte-Plan zur „Stärkung des Ausbaus“ vorgelegt. Es wird Zeit, ihn anzupacken. HANS JOACHIM WOLTER